



**Geschäftsführung
Ausschuss Kunst und Kultur**

Herr Freitag

Telefon: (0221) 221-23657

Fax: (0221) 221-24141

E-Mail: uwe.freitag@stadt-koeln.de

Datum: 16.10.2015

Niederschrift

über die **8. Sitzung des Ausschusses Kunst und Kultur** in der Wahlperiode 2014/2020 am Dienstag, dem 25.08.2015, 15:43 Uhr bis 21:58 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Dr. Eva Bürgermeister	SPD
Herr Andreas Pöttgen	SPD
Herr Prof. Klaus Schäfer	SPD
Frau Bürgermeisterin Elfi Scho-Antwerpes	SPD
Herr Dr. Ralph Elster	CDU
Frau Karin Reinhardt	CDU
Frau Katharina Welcker	CDU
Herr Thomas Welter	CDU
Frau Berivan Aymaz	GRÜNE
Frau Brigitta von Bülow	GRÜNE
Herr Peter Sörries	GRÜNE
Frau Gisela Stahlhofen	DIE LINKE
Herr Dr. Ulrich Wackerhagen	FDP

Beratende Mitglieder

Herr Thomas Traeder	AfD
Frau Judith Wolter	pro Köln
Herr Thor-Geir Zimmermann	DEINE FREUNDE
Frau Lisa Hanna Gerlach	PIRATEN
Herr Andreas Henseler	Freie Wähler Köln
Herr Prof. Hans-Georg Bögner	SPD
Frau Anke Brunn	SPD
Herr Manfred Post	SPD
Herr Prof. Dr. Lothar Theodor Lemper	CDU
Frau Freifrau Jeane von Oppenheim	CDU

Herr Mario Michalak	GRÜNE
Frau Maria Spering	GRÜNE
Frau Friederike van Duiven	GRÜNE
Herr Sebastian Tautkus	DIE LINKE
Herr Ludwig von Rautenstrauch	
Frau Dr. Heike Otto	Für die Denkmalpflege sachverständige Bürgerin
Frau Ute Palm	Behindertenvertretung
Herr Dr. Manfred Wegner	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Verwaltung

Beigeordnete Susanne Laugwitz-Aulbach	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Dr. Marcus Dekiert	Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
Herr Dr. Yilmaz Dziewior	Museum Ludwig
Frau Barbara Foerster	Kulturamt
Frau Dr. Petra Hesse	Museum für Angewandte Kunst
Herr Michael Lohaus	Dezernat Kunst und Kultur
Herr Oliver Lueb	Rautenstrauch-Joest Museum
Frau Petra Rinnenburger	Gebäudewirtschaft
Frau Dr. Adele Schlombs	Museum für Ostasiatische Kunst
Herr Dr. Marcus Trier	Römisch-Germanisches Museum
Herr Michael Troost	Museumsreferat

Schriftführer

Herr Uwe Freitag	Dezernat Kunst und Kultur
------------------	---------------------------

Gäste

Herr Dr. Müller	Landschaftsverband Rheinland
Herr Prof. Lorch	

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Beratende Mitglieder

Herr Marco Malavasi	SPD
Herr Franz-Josef Knieps	CDU
Herr Lorenz Deutsch	FDP
Herr Dr. Ulrich Krings	Für die Denkmalpflege sachkundiger Bürger
Herr Turan Özkücük	Integrationsrat
Herr Jochen Saurenbach	Rheinfetisch e.V.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht auf die vorliegende Tagesordnung mit den entsprechend gekennzeichneten zu- oder abgesetzten Tagesordnungspunkten aufmerksam und weist auf folgende Tischvorlagen hin:

Für den Ausschuss Kunst und Kultur:

Zu TOP 5.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Realisierung des Erweiterungsbaus des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud“

Zu den Tagesordnungspunkten 7.3, 7.6, und 7.7 liegen die jeweiligen Empfehlungen des Kunstbeirates vor.

TOP 11.8 „Moratorium zum Abriss der Hallen Kalk“

TOP 19.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion betreffend „Wettbewerb zur Innenplanung des Jüdischen Museums“

Für den Betriebsausschuss Bühnen:

Sie bittet abschließend darum, zu TOP 3.1 „Archäologische Zone/Jüdisches Museum“, dem Vertreter des Landschaftsverbandes Rheinland, Herrn Dr. Müller, und dem Architekten Prof. Lorch das Rederecht zu erteilen.

Der Ausschuss ist damit einverstanden und beschließt folgende

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

3 Kulturbauten

3.1 Archäologische Zone/Jüdisches Museum

3.1.1 Vorstellung des Museumskonzeptes durch den Landschaftsverband Rheinland

3.1.2 Sachstandsbericht Archäologischen Zone
2434/2015

3.2 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bildarchives am Eifelwall
2435/2015

3.3 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorhaben sowie der Generalsanierung der Zentralbibliothek
2446/2015

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

- 4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Dr. Bürgermeister betreffend "Sonnenuhr am Langobardenplatz"
2248/2015
- 4.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Tautkus betreffend "Ubirmonument"
2390/2015

5 Schriftliche Anfragen

- 5.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Realisierung des Erweiterungsbaus des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud"
AN/1099/2015

Beantwortung der Verwaltung
2465/2015
- 5.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Wettbewerb zur Innenplanung des Jüdischen Museums"
AN/1105/2015
- 5.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Köln im Film e.V. Konzepte"
AN/1247/2015
- 5.4 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Eintrittspreise für Schulklassen in Museen"
AN/1253/2015

6 Schriftliche Anträge

7 Allgemeine Vorlagen

- 7.1 Ankauf des Kunstwerkes "Vom Tode gezeichnet" von Maria Lassnig für das Museum Ludwig
1781/2015
- 7.2 Gewährung von Zuschüssen für die Erhaltung sonstiger Sakralbauten
2014/2015
- 7.3 Kunstprojekt Richartzstr. 2-4
Fortsetzung des Projektes " Alle Richtungen"
1906/2015

- 7.4 Einführung der Festbetragsfinanzierung als Regelfinanzierungsart bei der Förderung von Projekten der Freien Szene
2239/2015
- 7.5 Aufstockung der Konzeptionsförderung an die freien und privaten Theater, Haushaltsjahr 2015-2018
2048/2015
- 7.6 Fortsetzung des StadtLabors für Kunst im öffentlichen Raum
2013/2015
- 7.7 Realisierung eines partizipatorischen Installationsprojektes auf dem Festplatz Mülheimer Brücke
2287/2015
- 8 Sonderausstellungen**
- 8.1 Abrechnung von Sonderausstellungen 2013/2014
2387/2015
- 9 Annahme von Schenkungen**
- 9.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Kunstwerkes von Alan Sonfist
2173/2015
- 10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 11 Mitteilungen der Verwaltung**
- 11.1 Konzept zur Verbesserung des Umgangs mit Stiftern/Stifterinnen und Mäzenaten
1205/2015
- 11.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Innenstadt vom 24.04.2015 betreffend alternative Standorte für die Kreuzblume vor dem Domportal (AN/0703/2015)
1290/2015
- 11.3 Verwendung der im Haushaltjahr 2015 zugesetzten Transferaufwendungen zur Kulturförderung der Freien Szene
2081/2015
- 11.4 Skulpturenpark Köln
2037/2015

- 11.5 Ankauf des Kunstwerkes "Untitled" von Kai Althoff für das Museum Ludwig
2113/2015
- 11.6 Energiemanagement und Einsparungen in den Museen
2369/2015
- 11.7 Sachstand Sanierung Reiterdenkmal auf dem Heumarkt
2467/2015
- 11.8 Moratorium zum Abriss der Hallen Kalk
2500/2015

12 Mündliche Anfragen

II. Nichtöffentlicher Teil

- 13 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten**
- 14 Schwerpunktthemen**
- 15 Schriftliche Anfragen**
- 16 Schriftliche Anträge**
- 17 Allgemeine Vorlagen**
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen**
- 19 Mitteilungen der Verwaltung**
- 19.1 Beantwortung einer Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Wettbewerb zur Innenplanung des Jüdischen Museums"
2485/2015
- 20 Mündliche Anfragen**

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Angelegenheiten

2 Schwerpunktthemen

2.1 Darstellung der Sparten im Kulturausschuss hier: Popkultur 2356/2015

2.2 Tag des offenen Denkmals Mündliche Berichterstattung des Stadtkonservators

3 Kulturbauten

3.1 Archäologische Zone/Jüdisches Museum

3.1.1 Vorstellung des Museumskonzeptes durch den Landschaftsverband Rheinland

Herr Dr. Müller vom Landschaftsverband Rheinland stellt das Museumskonzept anhand einer PowerPoint-Präsentation vor.

Herr Prof. Bögner bedankt sich insbesondere für den Vortrag, weil er inhaltlich zur Ursprungsidee dieses Ortes zurückgegangen sei. Er fragt, warum man an dem Begriff Jüdisches Museum festhalte, obwohl nun gesagt worden sei, dass es sich um ein integrales Museumskonzept handle. Diese Besonderheit sollte sich seines Erachtens auch im Namen des Museums widerspiegeln.

RM Dr. Elster merkt an, dass man ursprünglich ein Haus der jüdischen Kultur geplant habe und nun sei ein Konzept für 2000 Jahre Kölner Stadtgeschichte präsentiert worden, bei der der Ort im Vordergrund stehe. Aus seiner Sicht sei es erforderlich das Haus umzubenennen. Schließlich verbinde man mit dem Begriff Jüdisches Museum etwas völlig anderes. Grundsätzlich halte er das vorgestellte Konzept für hervorragend. Dies bedeute jedoch aus seiner Sicht auch, dass man finanziell über etwas anderes rede als bisher. Dies müsse anhand eines Beschlusses noch geklärt werden.

RM Henseler hält die Konzeption der Besucherführung für schwer nachvollziehbar. Er fragt, ob dies noch veränderbar sei. Im Übrigen sei er stets davon ausgegangen, dass man in Köln ein Jüdisches Museum bekomme, wie in Wien, Frankfurt, München oder Berlin. Deshalb sei er nun sehr erstaunt über das vorgestellte Konzept.

RM von Bülow sieht es positiv, dass die Zusammenarbeit zwischen dem LVR und der Stadt dazu geführt habe, dass es nun das vorgetragene Konzept gebe, welches die Kölner Geschichte so abbilde, wie sie war. Dies sei aus ihrer Sicht ein Alleinstellungsmerkmal für das Museum. Ebenso die Verbundenheit der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums. Sie könne sich außerdem vorstellen, die Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts noch mit einzubeziehen.

RM Stahlhofen macht deutlich, dass das vorgetragene Konzept ihrer Vorstellung eines solchen Museums entspreche. Sie wünscht sich jedoch einen intensiveren museums-

pädagogischen Ansatz. Ebenfalls spricht sie sich für die Verbundenheit der Archäologischen Zone und des Jüdischen Museums aus. Abschließend erkundigt sie sich nach dem Sicherheitskonzept des Museums.

RM Zimmermann fragt nach der Qualität der Ausstellungsflächen, die schließlich durch den Wegfall der Flächen unter dem Rathauskeller reduziert worden seien. Bezüglich der Finanzierung möchte er wissen, wie die momentanen Verhandlungen zwischen der Stadt Köln und dem LVR aussehen. Abschließend weist er darauf hin, dass man nun ein wesentlich kleineres Projekt für das gleiche Geld erhalte. Die bisherigen Veränderungen seien unter dem bisherigen Kooperationsvertrag zwischen der Stadt Köln und dem LVR durchgeführt worden. Er fragt, ob der Vertrag durch die vorgenommenen Veränderungen berührt sei.

Herr Prof. Schäfer merkt an, dass man beispielsweise noch nicht über Veranstaltungsräume gesprochen habe. Bezüglich der Aussage, die Geschichte des 20. und 21. Jahrhunderts mit einzubeziehen, könne er sich vorstellen, entsprechende Sonderausstellungen durchzuführen. Alles in allem sieht er das Projekt auf einem guten Weg.

Herr Dr. Müller vertritt die Auffassung, für das Projekt einen neuen Namen zu finden, weil das Museum etwas anderes expliziere als beispielsweise die Häuser in Berlin oder Wien. Es gehe nicht nur um 2000 Jahre Kölner Stadtgeschichte, sondern es handele sich um eine archäologische Stätte, die weit über den lokalen Aspekt hinaus zu betrachten sei. Zum Thema Finanzierung räumt er ein, dass hier noch Dinge zu klären seien. Nach seiner Einschätzung sei der von der Stadt Köln geplante Ausstellungsetat ausreichend. Außerdem seien zum Thema Brandschutz noch einige Dinge zu klären. Die entsprechenden Kosten hierfür ergeben sich durch die genauere Planung des Projektes. Er führt weiter aus, dass es den Brückenschlag zum 20. und 21. Jahrhundert geben werde und dies könne tatsächlich in Form von Sonderausstellungen geschehen. Für den museumspädagogischen Ansatz habe man eigenes Personal, welches sich mit der Thematik beschäftige. Erste Konzepte hierzu seien bereits fertiggestellt. Die vorhandenen Rahmenbedingungen für die zu schaffende Infrastruktur eines Museums könne man, von den Flächen her, durchaus als gut bezeichnen. Zu einer Veränderung des Vertrages könne er aus seiner Funktion heraus nichts sagen. Hierbei handele es sich um eine politische Entscheidung.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach zeigt auf, dass aus ihrer Sicht eine Vertragsveränderung weder beim LVR noch bei der Stadt Köln im Raum stehe. Außerdem berichtet sie, dass sich die Förderung durch das Land NRW verdoppelt habe.

Herr Dr. Trier unterstreicht die gute Zusammenarbeit mit dem LVR, die auf einem kollegialen Umgang basiere, der bereits über zehn Jahre zurückreiche. Im Übrigen sei der Titel Archäologische Zone/Jüdisches Museum lediglich ein Arbeitstitel.

Herr Prof. Dr. Lemper stellt fest, dass es sich um eine andere Konzeption handele, als die die bisher diskutiert worden sei.

RM Zimmermann fragt, ob für Personen bis 18 Jahre freier Eintritt für den Besuch des Museums vorgesehen sei. Dies sei jedenfalls bei anderen Einrichtungen des LVR der Fall.

Herr Dr. Müller geht davon aus, dass dies hier auch der Fall sein werde.

Architekt Lorch präsentiert die Innen und Außenarchitektur des Projektes anhand einer PowerPoint-Präsentation.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister bedankt sich für die Präsentation und Vorstellung des Projektes.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Vorstellung des Konzeptes zur Kenntnis.

3.1.2 Sachstandsbericht Archäologischen Zone 2434/2015

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.2 Bericht über den Neubau des Historischen Archives und des Rheinischen Bildarchives am Eifelwall 2435/2015

Die Leiterin der Gebäudewirtschaft Rinnenburger teilt mit, dass die Baugenehmigung für das Projekt vorliege.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

3.3 Zeitraster der im Unterausschuss Kulturbauten zu behandelnden Bauvorhaben sowie der Generalsanierung der Zentralbibliothek 2446/2015

Vorsitzende Dr. Bürgermeister macht darauf aufmerksam, dass die Stadtbibliothek vom Deutschen Bibliothekenverband zur Bibliothek des Jahres gewählt worden sei. Sie begrüßt, dass die Bibliothek für ihre bürgernahe und innovative Arbeit ausgezeichnet worden sei. Im Namen des Ausschusses Kunst und Kultur spricht sie der Direktorin Dr. Vogt und ihrem Team Glückwünsche aus.

Herr Tautkus erinnert daran, dass im damaligen Beschluss zur Generalsanierung der Zentralbibliothek die Dringlichkeit damit begründet worden sei, dass einige Bereiche so marode seien und deshalb eine Schließung drohe. Nun entnehme man dem Zeitraster, dass die Leistungsphase 5-7 erst im zweiten Quartal 2017 beginne und fragt, wie es dazu komme.

Die Leiterin der Gebäudewirtschaft Rinnenburger erläutert, dass man das Gebäude so betriebssicher halte, damit der TÜV es nicht schließe. Einen Dispens erreiche man dadurch, dass man die Sanierung durchführe.

RM Dr. Elster interessiert es, warum beim Erweiterungsbau des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud die Planungsphase Investor nicht hinter den Investorenwettbewerb gerückt sei. Dies sei aus seiner Sicht im Zeitraster falsch dargestellt.

Frau Rinnenburger räumt ein, dass dies ein Fehler in der Darstellung sei, der zu korrigieren sei.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

4 Beantwortung von Anfragen aus früheren Sitzungen

4.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Frau Dr. Bürgermeister betreffend "Sonnenuhr am Langobardenplatz" 2248/2015

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**4.2 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Herrn Tautkus betreffend
"Ubirmonument"
2390/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

5 Schriftliche Anfragen

**5.1 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Realisierung des Erweiterungs-
baus des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud"
AN/1099/2015**

**Beantwortung der Verwaltung
2465/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**5.2 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Wettbewerb zur Innenplanung des
Jüdischen Museums"
AN/1105/2015**

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist auf die schriftliche Beantwortung im nichtöffentlichen Teil hin und bittet um eine kurze Erläuterung.

Rechtsanwalt von Berg stellt dar, dass die Anfrage nicht ganz unproblematisch im öffentlichen Teil zu beantworten sei, weil die Vertragssituation nicht hundertprozentig klar sei. Mit Blick auf die noch auf die Stadt Köln zukommenden Differenzen könne man im öffentlichen Teil der Sitzung keine Details erläutern.

RM Dr. Elster zeigt sich erstaunt über die schriftliche Beantwortung der Verwaltung. Insbesondere, dass kein Vertrag mit der ARGE unterzeichnet worden sei, obwohl diese im Ausschreibungsverfahren als Siegerin hervorgegangen sei. Er fragt nach dem Grund.

Rechtsanwalt von Berg macht deutlich, dass es im Ausschreibungsverfahren einen Sieger gegeben habe, allerdings kein Zuschlag erteilt worden sei. Der Planungsprozess des Projektes in den letzten Jahren sei dynamisch gewesen und daraus folge, dass die Situation, gegenüber dem Zeitpunkt zu Beginn der europaweiten Ausschreibung, völlig verändert sei. Dies habe dazu geführt, dass ein Zuschlag nicht erteilt worden sei.

RM Dr. Elster macht darauf aufmerksam, dass dies vor Gericht im Zusammenhang mit dem Bürgerbegehren anders dargestellt worden sei. Es sei das geplant worden, was letztendlich beschlossen worden sei. Er fragt, ob nun die Grundlage der Ausschreibung wegfallen und ob dies der Grund dafür sei, warum die Sache aufgehoben wurde.

Rechtsanwalt von Berg stellt klar, dass er dies so nicht gesagt habe. Offiziell sei das Verfahren noch nicht aufgehoben. Man befinde sich in einer Auseinandersetzung und

müsse sich alle Optionen offenhalten. Insbesondere auch im finanziellen Interesse der Stadt Köln.

**5.3 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Köln im Film e.V. Konzepte"
AN/1247/2015**

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

**5.4 Anfrage der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Eintrittspreise für Schulklassen in Museen"
AN/1253/2015**

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine schriftliche Beantwortung

6 Schriftliche Anträge

7 Allgemeine Vorlagen

**7.1 Ankauf des Kunstwerkes "Vom Tode gezeichnet" von Maria Lassnig für das Museum Ludwig
1781/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt im Rahmen des § 82 GO NRW (Vorläufige Haushaltsführung) den Ankauf des Kunstwerkes „Vom Tode gezeichnet“ von Maria Lassnig für das Museum Ludwig.

Die Mittel in Höhe von 297.500 Euro (einschließlich Umsatzsteuer) stehen im Teilfinanzplan 0402 – Museum Ludwig bei Teilplanzeile 9 – Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.2 Gewährung von Zuschüssen für die Erhaltung sonstiger Sakralbauten
2014/2015**

Herr Tautkus merkt an, dass früher die Synagoge hieraus gefördert worden sei. Außerdem fragt er sich, warum Privatpersonen, die ein unter Denkmalschutz gestelltes Haus besitzen, nicht in den Genuss des Förderprogramms der Stadt Köln für denkmalgeschützte Gebäude kommen. Es gebe lediglich eine Säkularisierungsabgabe. Er bittet darum, dies in einer der nächsten Sitzungen zu erläutern.

Beschluss:

Der Ausschuss für Kunst und Kultur beschließt (vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2015) die Gewährung von Zuschüssen zur Erhaltung von sonstigen

Sakralbauten in Höhe von 10.000 Euro an die Evangelische Gemeinde.

1. 5.000 Euro für die Restaurierung von Grabsteinen auf dem Geusenfriedhof in Köln-Lindenthal
2. 5.000 Euro für die Restaurierung des Lutherturms in Köln-Mülheim

Die zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 10.000 Euro stehen im Haushaltsjahr 2015 im Teilergebnisplan 1002 – Denkmalpflege, Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.3 Kunstprojekt Richartzstr. 2-4 Fortsetzung des Projektes " Alle Richtungen " 1906/2015

RM von Bülow bittet darum, die Begründung des Kunstbeirates für die Nichtempfehlung des Kunstprojektes vorzutragen und fragt, ob noch andere Kooperationen mit der Hochschule möglich wären.

Herr Lohaus berichtet, dass der Kunstbeirat die Kooperationen mit der Kunsthochschule nicht abgelehnt habe, ihm ging es explizit um das aufgestellte Kunstwerk, welches von Beginn an temporär angelegt worden sei. Die Verlängerung des Projektes „Alle Richtungen“ bis Ende 2016, sei sehr kontrovers von den Mitgliedern des Kunstbeirates diskutiert worden. Insbesondere sei der weitere Verbleib des Kunstwerks als konterkariierend zu der vom Kunstbeirat und StadtLabor angestrebten „Entrümpelung“ des öffentlichen Raums bewertet worden, da sich rund um die Minoriten-Kirche zahlreiche Kunstwerke und andere Gegenstände befinden.

Frau Brunn erläutert, dass der Kunstbeirat sich dafür ausgesprochen habe, dass die temporäre Aufstellung auch temporär bleiben sollte. Immerhin stehe das Kunstwerk nun länger dort als geplant. In der Bezirksvertretung Innenstadt habe es Überlegungen gegeben den Wegweiser gegebenenfalls anders zu beschriften. Hierzu habe sich der Kunstbeirat ebenfalls ablehnend geäußert. Außerdem fragt sie nach der Umsetzung der als Geschenk zum Jubiläum der KHM überreichten Litfaßsäule als temporäres Kunstwerk.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht deutlich, dass sie den in alle Richtungen zeigenden Wegweiser sehr innovativ und schön finde. Sie stehe einer Veränderung des Objektes positiv gegenüber. Sollte der Wegweiser dennoch abgebaut werden, werde sie gemeinsam mit dem Leiter der KHM überlegen, wie man weiter etwas Innovatives auf die Beine stellen könne.

Herr Prof. Schäfer schlägt vor, die Sache in der nächsten Sitzung zu beraten, da es scheinbar noch Beratungsbedarf gebe.

Herr Tautkus spricht sich dafür aus, sich nicht über das Votum des Kunstbeirates hinwegzusetzen.

Herr Prof. Schäfer macht deutlich, dass er lediglich noch kein Votum abgeben könne. Im Übrigen folge man in der Regel der Empfehlung des Kunstbeirates.

RM Dr. Elster schlägt vor, abzuwarten was die Bezirksvertretung Innenstadt dazu sage und könne dies dann gegebenenfalls in der nächsten Runde besprechen.

Die Angelegenheit wurde wegen Beratungsbedarf zurückgestellt und wird in der nächsten Sitzung erneut behandelt.

7.4 Einführung der Festbetragsfinanzierung als Regelfinanzierungsart bei der Förderung von Projekten der Freien Szene 2239/2015

Herr Tautkus beantragt, im Beschlusstext die Passage „...*aufgrund besonderer Erfahrungswerte* ...“ zu streichen und den Satz aus dem Begründungstext „*Im Einzelfall können auch Ausnahmen mit einer höheren Zuschusshöhe mit Festbetragsfinanzierung bewilligt werden, z.B. wenn andere öffentliche Fördergeber diese Finanzierungsart gewählt haben.*“ dem Beschlusstext hinzuzufügen.

Herr Prof. Schäfer bittet darum, mit der Aussage aus dem Begründungstext, *die Zuverlässigkeit des Zuschussnehmers bei der Entscheidung über die Finanzierungsart müsse ebenso berücksichtigt werden und insoweit bleibe es der Verwaltung vorbehalten von der Regelfinanzierungsart abzuweichen*, sensibel umzugehen.

Kulturamtsleiterin Foerster betont, dass die Kulturverwaltung den Schritt zur Festbetragsfinanzierung sehr gerne gehe und unterstreicht die Notwendigkeit der Formulierung über die Zuverlässigkeit. Allerdings müsse dies nicht zwingend im Beschlusstext erscheinen.

RM von Bülow macht darauf aufmerksam, dass man die Angelegenheit nach einem Jahr ausgewertet vorgelegt bekomme. Deshalb sei aus ihrer Sicht eine Änderung des Verwaltungsvorschlags nicht notwendig. Hierüber könne man gegebenenfalls in einem Jahr diskutieren.

Herr Tautkus geht davon aus, dass die Zuverlässigkeit der Zuschussnehmer und die Beteiligung des Rechnungsprüfungsamtes bei anderen Förderinstrumenten ebenfalls eine Rolle spielen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister stellt fest, dass man neue Wege beschreite und deshalb eine besondere Sorgfalt angebracht sei. Sie plädiert dafür, der Verwaltungsvorlage zuzustimmen.

RM Dr. Elster spricht sich dafür aus, bereits jetzt über den mündlichen Änderungsantrag abzustimmen. Schließlich sei es durchaus relevant, ob der Satz aus dem Begründungstext im Beschluss auftauche oder nicht.

Kulturamtsleiterin Foerster erklärt, dass es nicht schädlich sei die Formulierung in dem Beschlusstext aufzunehmen. Allerdings sei dies sowieso gesetzlich vorgeschrieben und biete eine Möglichkeit für Ausnahmen.

Herr Prof. Schäfer spricht sich dafür aus, der Beschlussvorlage ungeändert zuzustimmen und die Verwaltung zu bitten, den Ausschuss über entsprechende Ausnahmen zu informieren, um möglicherweise gewisse Kriterien festzulegen.

Die Fraktion die Linke beantragt mündlich,

1. Im Beschlusstext die Passage „...*aufgrund besonderer Erfahrungswerte* ...“ zu streichen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –gegen die Stimme der Fraktion Die Linke- abgelehnt.

2. Den Satz aus dem Begründungstext „*Im Einzelfall können auch Ausnahmen mit einer höheren Zuschusshöhe mit Festbetragsfinanzierung bewilligt werden, z.B. wenn andere öffentliche Fördergeber diese Finanzierungsart gewählt haben.*“ dem Beschlusstext hinzuzufügen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich –gegen die Stimme der Fraktion Die Linke- abgelehnt.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt bei der Förderung von Projekten der Freien Szene unter folgenden Kriterien die Einführung der Festbetragsfinanzierung als Regelfinanzierungsart:

- Zuschusshöhe des Projektes bis einschließlich 10.000 €.
- Kosten- und Finanzierungsplan kann aufgrund besonderer Erfahrungswerte verlässlich und nachvollziehbar begründet geschätzt werden.
- Ausnahmen von der Regelfinanzierungsart liegen im Ermessen der Verwaltung.
- Nach Ablauf eines Jahres wird im Ausschuss Kunst und Kultur über die bewilligten Finanzierungsarten sowie über die Erfahrungen berichtet.

Die Festbetragsfinanzierung als Regelfinanzierungsart wird mit Antragsfrist 30.09.2015 für die Förderperiode 2016 eingeführt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.5 Aufstockung der Konzeptionsförderung an die freien und privaten Theater, Haushaltsjahr 2015-2018 2048/2015

Herr Prof. Schäfer stellt fest, dass bei der Finanzierungshöhe von Raum 13 ein Kriterium genannt worden sei, welches bei den anderen Zuschussnehmern in der Begründung nicht auftauche. Hier werde die Kooperation mit den Trägern genannt. Aus seiner Sicht müsse der Beirat eine künstlerische Perspektive als Bewertung vornehmen. Er bittet die Verwaltung darüber nachzudenken, wie man außerhalb dieses Konzeptes mit Raum 13 ins Gespräch kommen könne, um eine Lösung für deren Lage herbeizuführen.

RM Dr. Elster vertritt die Auffassung, dass man bereits 2014 hierüber hätte beschließen müssen, damit die Theater in 2015 Planungssicherheit haben. Er bemängelt außerdem, dass der neue Theaterbeirat beim Deutzer Zentralwerk der Schönen Künste eine andere Bemessungsgrundlage zu Grunde gelegt habe als der vorherige Beirat. Hier müsse man seines Erachtens schauen, wie man künftig, im Benehmen mit dem Zentralwerk, die Dinge entsprechend verbessern könne. Er rät der Verwaltung relativ zeitnah das Gespräch zu suchen.

Herr Tautkus spricht sich dafür aus, für spartenübergreifende Vorzeigeprojekte, wie beispielsweise Raum 13, zwingend eine Lösung für eine anständige Finanzierung zu finden.

RM von Bülow macht deutlich, dass durch die Zusammenarbeit der Kulturpolitik in dieser Stadt in dem vorliegenden Fall ein erheblicher Fortschritt erkennbar sei, wenn

man die Konzeptionsförderung bis 2018 fortsetzen könne. Im Übrigen erinnert sie daran, dass der Ausschuss Kunst und Kultur den neuen Theaterbeirat gewählt habe und gibt zu denken, dass sich dieser zwar an vergangenen Verfügungen orientieren könne, jedoch eigene kompetente Entscheidungen treffen müsse.

Kulturamtsleiterin Foerster macht deutlich, dass eine Produktionsförderung bei Raum 13 nicht möglich sei. Dies sei in der Vorlage ergänzend dargestellt worden und ist bei allen Theatern der Fall. Sie betont, dass Raum 13 weiterhin Projektanträge stellen könne, die man wohlwollend prüfen werde. Dies gelte auch für Projekte anderer Sparten, die in Raum 13 stattfinden. Außerdem habe Raum 13 mit diesem BKZ nicht die Auflage Technik zum Nulltarif zur Verfügung zu stellen. Demnach könne Raum 13 entsprechende Kosten veranschlagen. Abschließend erklärt sie, dass man sich selbstverständlich mit Raum 13 in Gesprächen befinde.

Herr Prof. Schäfer hält die Aussage für entscheidend, dass etwas stimmig gemacht werden solle und hierfür eine perspektivische Lösung herbeizuführen sei.

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat folgenden Beschluss:

Der Rat beschließt – vorbehaltlich der Genehmigung der Haushaltssatzung durch die Bezirksregierung Köln - im Teilplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen auf der Basis der eingereichten Förderanträge für das Haushaltsjahr 2015 die Aufstockung folgender jährlichen Betriebskostenzuschüsse:

Zuschussnehmer	BKZ lt. Haushalts-satzung	Aufstockung	BKZ neu
Casamax-Theater	30.000,- €	7.500,- €	37.500,- €
Deutzer Zentral-werk der Schönen Künste	30.000,- €	7.500,- €	37.500,- €
Theater der Keller	90.000,- €	50.000,- €	140.000,- €
Theater Tiefrot	30.000,- €	0,- €	30.000,- €

Die Finanzierung erfolgt aus den im Rahmen der Verabschiedung der Haushaltssatzung im Teilplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen unter der Bezeichnung „Aufstockung Konzeptionsförderung“ zusätzlich bereitgestellten Mittel in Höhe von 65.000,- €.

Der Rat beabsichtigt, die Gewährung der festgesetzten Betriebskostenzuschüsse vorbehaltlich des Vorliegens der haushaltsrechtlichen Bedingungen bis zum 31.12.2018 fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

7.6 Fortsetzung des StadtLabors für Kunst im öffentlichen Raum 2013/2015

RM von Bülow spricht sich grundsätzlich für die Fortsetzung des StadtLabors aus. Allerdings sehe sie die Beschlussvorlage etwas problematisch, da es sich hauptsächlich

lich um den Ebertplatz drehe, der das Zentrum des Ganzen werden soll. Sie fragt, ob es momentan der richtige Zeitpunkt wäre die Umgebung des Ebertplatzes als neues Planquadrat zu nehmen, da dieser momentan überplant werde. Außerdem werde in der Beschlussvorlage beispielsweise nicht auf die Nutzung der Ateliers und Galerien auf dem Ebertplatz hingewiesen. Abschließend möchte sie wissen, wer das nächste Team des StadtLabors stelle und inwieweit die Ateliers und die Kunst- und Kulturbetreiber vor Ort in der Sache involviert seien.

Herr Lohaus weist auf die vorliegende Publikation hin in der der Wettbewerb zur Bildung des dritten Teams beschrieben sei. Der Standort Ebertplatz sei mit der BV Innenstadt und dem Kunstbeirat kontrovers diskutiert worden. Der Ebertplatz soll sinnbildlich für andere Plätze dieser Stadt verwendet werden. Hier seien auch der Umgang und die Entwicklung eines solchen Platzes zu betrachten. Er geht davon aus, dass es zu einer Verschränkung der Machbarkeitsstudie zur Überplanung des Platzes und den Dingen die künstlerisch umsetzbar seien komme. Er weist außerdem darauf hin, dass die BV 1 darum gebeten habe, dass sich in dem Planquadrat noch weitere kleinere Plätze befinden sollten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister fragt, ob es richtig sei, dass lediglich die stimmberechtigten Mitglieder des Kunstbeirates Vorschläge zur Bildung des Teams des StadtLabors machen können. Sie hält es für sinnvoll, dass sich beispielsweise Gruppierungen bewerben können, damit ein breites Spektrum zur Verfügung stehe.

Herr Lohaus erklärt, dass das Verfahren handlenbar bleiben müsse und der Kunstbeirat die erforderlichen Kompetenzen habe. Im Übrigen seien die dementsprechenden Netzwerke vorhanden.

Frau Brunn berichtet, dass man sich im Kunstbeirat darauf verständigt habe, das nächste Auswahlverfahren größer zu gestalten. Dies sei jedoch in diesem Fall, aufgrund des weit fortgeschrittenen Jahres, nicht mehr möglich.

Herr Sörries zeigt auf, dass die am Ebertplatz tätigen Künstler dort bereits seit Jahren einen urbanen Prozess durchführen. Deshalb hält er es für sinnvoll, diese zumindest beratend in den Prozess mit einzubinden.

Herr Tautkus merkt an, dass er den Ebertplatz in dieser Angelegenheit für überdeterminiert halte. Er kritisiert, dass sich bisher alle drei Planquadrate in der Bezirksvertretung Innenstadt befanden und schlägt vor zu überlegen, ob nicht auch andere Stadtbezirke für ein solches Projekt in Frage kommen.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister hält das ausgewählte Planquadrat für sehr interessant, weil es ein Bereich sei, der sich verändere und in dem es eine Musikschule und viele verschiedene künstlerische Initiativen gebe. Sie schlägt vor, die Anregungen an den Kunstbeirat weiterzugeben, damit dieser sie in seine weiteren Planungen einbeziehen könne.

Beschluss:

1. Der Ausschuss Kunst und Kultur beschließt die Weiterführung des „StadtLabors für Kunst im öffentlichen Raum“. Dieses Labor soll sich jeweils zeitlich befristet in wechselnden Planquadraten zunächst in der Kölner Innenstadt modellhaft mit den Aspekten von Kunst im öffentlichen Raum und deren räumlichen und funktionalen Zusammenhängen befassen. Ziel der Laborarbeit ist die Weiterentwicklung und Durchführung eines Handlungskonzeptes für Kunst im öffentlichen Raum basierend auf den Ergebnissen des ersten StadtLabor-Teams.

2. Zur Fortsetzung des StadtLabors beauftragt der Ausschuss Kunst und Kultur die Verwaltung mit der Findung eines neuen geeigneten Teams für einen Zeitraum von sechs Monaten mit der Option für eine Verlängerung um weitere sechs Monate nach Zustimmung des Kunstbeirats und Ausschusses Kunst und Kultur. Zur Umsetzung werden externe Fachleute (z.B. Künstlerinnen/Künstler, Kunsthistorikerinnen/Kunsthistoriker, Architektinnen/Architekten, Urbanistinnen/Urbanisten, Soziologinnen/Soziologen) herangezogen, die mit Werkverträgen auszustatten sind. Die Auswahl wird über ein analog des 2011 durchgeführten Wettbewerbsverfahrens generiert. Der Kunstbeirat als Jury begutachtet die Bewerbungen und benennt die Laboranten.
Zur Finanzierung beschließt der Ausschuss Kunst und Kultur – vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2015 – die Verwendung der im Teilplan 0416 – Kulturförderung in der Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen veranschlagten zahlungswirksamen Aufwandsermächtigungen in Höhe von 25.000 Euro.
3. Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt zur Kenntnis, dass das neue Planquadrat für das Team des StadtLabors das Areal zwischen Eigelstein und Rheinufer sowie zwischen Breslauer Platz und Theodor-Heuss-Ring (Nordseite) umfasst.
4. Das beauftragte Team berichtet dem Kunstbeirat, dem Ausschuss Kunst und Kultur und der Bezirksvertretung Innenstadt über den Fortgang des StadtLabors. Die Verwaltung legt einen Abschlussbericht vor, der das Ergebnis wertet. Die Verwaltung wird beauftragt, auf dieser Grundlage dem Ausschuss Kunst und Kultur und der Bezirksvertretung Innenstadt einen Vorschlag für Handlungsoptionen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**7.7 Realisierung eines partizipatorischen Installationsprojektes auf dem Festplatz Mülheimer Brücke
2287/2015**

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt der Bezirksvertretung Mülheim die Annahme folgenden Beschlusses:

Die Bezirksvertretung Mülheim beauftragt die Verwaltung vorbehaltlich der Zustimmung des Ausschusses Kunst und Kultur mit artmx e.V. im Rahmen des city leaks urban art festivals eine Nutzungsvereinbarung für die Inanspruchnahme des Festplatzes unter der Mülheimer Brücke am 19. September 2015 zur Realisierung eines partizipatorischen Installationsprojektes abzuschließen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

8 Sonderausstellungen

8.1 Abrechnung von Sonderausstellungen 2013/2014 2387/2015

RM von Bülow fragt, warum das NS-Dokumentationszentrum und das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in der Übersicht der Ausstellungen nicht auftauche. Außerdem habe sie festgestellt, dass zwei Museen mit Abweichungen sehr auffällig seien und sie fragt sich, warum dies insbesondere in den Bereichen Transport und Versicherungen sowie bei den Vorbereitungs- und Durchführungskosten der Fall sei. Zudem möchte sie wissen, warum beispielsweise im Museum für Angewandte Kunst sehr hohe Kosten anfallen und die Besucherzahlen recht gering seien. Es interessiert sie, welche Maßnahmen man ergreifen wolle, damit es nicht weiter zu solchen Abweichungen komme. Sie führt weiter aus, dass man bei den Vorbereitungen einer Sonderausstellung des RJM enorme Abweichungen festgestellt habe und möchte wissen, warum man ein solches Projekt nicht abreche. Im Übrigen bedankt sie sich für die aufschlussreiche Mitteilung.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erklärt, dass das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud nicht in der Übersicht auftauche, weil es eine eigenbetriebsähnliche Einrichtung sei und die Zahlen zu den Sonderausstellungen im Jahresbericht festgehalten werden. Das NS-Dokumentationszentrum habe 2015 erstmalig Gelder aus dem Sonderausstellungsetat der Museen erhalten und die vorliegende Abrechnung betreffe die Jahre 2013/2014.

Herr Prof. Schäfer stellt fest, dass es einen gesamten Überschuss von ungefähr 230.000 € gebe, wenn man das Spezialproblem RJM herausnehme. Es bestehe immer ein gewisses Risiko bei der Durchführung von Sonderausstellungen. Er schließt sich grundsätzlich den Fragestellungen seiner Vorrednerin an.

RM Dr. Elster merkt an, dass man anhand der dargestellten Übersicht leicht feststellen könne, dass hier ein übergreifendes Kulturmanagement fehle. Seines Erachtens müsse man beispielsweise verstärkt eine überregionale Werbung ins Auge fassen. Unterm Strich zeige die Mitteilung, dass die Museen mit den zur Verfügung stehenden Mitteln ordentlich arbeiten.

Herr Dr. Wackerhagen stimmt der Aussage seines Vorredners zu, dass man mit einem Kulturmarketing bessere Ergebnisse erzielen könne. In diesem Zusammenhang fragt er nach der Neuaufstellung der Kölner Museen.

Museumsdirektorin Dr. Hesse erklärt, dass die Besucherzahlen 2014 die höchste seit über zehn Jahren gewesen sei. In diesem Jahr habe man sehr gut gewirtschaftet und erfolgreiche Ausstellungen veranstaltet. Im Vergleich dazu sei das Jahr 2013 eher eine Ausnahme gewesen. Sie erinnert in diesem Zusammenhang an ihre Erläuterungen bezüglich der damaligen Üpl.-Vorlage und fügt hinzu, dass die Besucherzahlen damals teilweise falsch kalkuliert worden seien.

Herr Lueb vom Rautenstrauch-Joest Museums macht deutlich, dass man bezüglich der Besucherzahlen und der erwarteten Einnahmen künftig berücksichtigen müsse, dass viele Besucherinnen und Besucher freien Eintritt haben. Außerdem erläutert er, dass es nicht so einfach sei eine geplante Sonderausstellung einfach abzubrechen. Für die Sonderausstellung „Made in Oceania: Tapa - Kunst und Lebenswelten“ seien teilweise Fördergelder beantragt worden und das Land habe das Projekt mit bestimmten Auflagen unterstützt. Außerdem habe man auf Leihgaben zurückgreifen müssen,

deren Kosten zu Beginn schwierig einzuschätzen gewesen seien. Später habe man feststellen müssen, dass die Auflagen für die Leihgaben aus Neuseeland und Australien sich anders darstellten als die aus dem afrikanischen Bereich. Er macht deutlich, dass die Drittmittel nicht mehr geflossen wären, wenn man an diesem Punkt das Projekt gestoppt hätte. Abschließend merkt er an, dass man künftig beispielsweise Restaurierungskosten höher einstufen müsse, als dies in der Vergangenheit geschehen sei. Die momentanen Unwägbarkeiten, die das Museum betreffen, machen die Planungen jedoch nicht einfacher.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erinnert bezüglich der Neuaufstellung der Museen daran, dass es hierzu vor der Sommerpause eine schriftliche Mitteilung gegeben habe. Betreffend einer auskömmlichen Finanzierung sei man einen Schritt weitergekommen. Allerdings stoße man bei einigen Dingen auch an seine Grenzen. Sie zeigt Verständnis für die Forderung nach Kulturmarketing und zeigt auf, dass dies immer eine Frage der finanziellen Ausstattung sei. Sie macht darauf aufmerksam, dass in Köln bereits viel an Museums- und Kulturmarketing geschehe und hebt in diesem Zusammenhang die Arbeit des Museumsdienstes hervor. Sollte jedoch ein nationales und internationales Marketing gewollt sein, benötige man einen Sponsor oder man müsse das städtische Marketing verstärkt in Richtung Kultur bewegen.

Herr Prof. Dr. Lemper kritisiert, dass demnach ein Kulturmarketing für Köln nicht umsetzbar sei. Er fragt sich, warum andere Städte dazu in der Lage seien. Er verweist außerdem auf das 2003 verabschiedete Leitbild 2020 in dem unter anderem eine bessere Positionierung des Kulturstandortes nach Innen und Außen beschlossen worden sei und auf den Kulturentwicklungsplan, der die Forderung nach einem Kulturmanagement beinhalte.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister weist darauf hin, dass es momentan um die Abrechnungen von Sonderausstellungen der Museen gehe. Natürlich seien die Öffentlichkeitsarbeit der Museen und Kulturmarketing wichtige Themen, die man jedoch an anderer Stelle diskutieren müsse.

Herr Dr. Wackerhagen schlägt vor, einen Vertreter der Stadt Bremen, wo es ein Kulturmanagement gebe, einzuladen, damit dieser über eine entsprechende Umsetzung referieren könne.

Herr Prof. Schäfer hält es für sinnvoll, hierüber, beispielsweise anhand einer Verwaltungsvorlage, eine systematische Debatte zu führen.

Museumsdirektorin Schlombs erklärt, dass bei Leihgaben für Sonderausstellungen erhebliche Fahrt- und Transportkosten entstehen, was bei einem Projekt aus dem eigenen Bestand natürlich nicht der Fall sei. Wenn man jedoch bereits eine vertragliche Bindung über Leihgaben eingegangen sei, könne man nicht einfach den Stecker ziehen und das Projekt abrechnen.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

9 Annahme von Schenkungen

9.1 Annahme einer Schenkung für das Museum Ludwig hier: Schenkung eines Kunstwerkes von Alan Sonfist 2173/2015

Beschluss:

Der Ausschuss Kunst und Kultur empfiehlt dem Rat die Annahme folgenden Beschlusses:

Der Rat der Stadt Köln nimmt die Schenkung des Gemäldes „Bough Mask“ von Alan Sonfist durch Herrn Xiaohui Lin, Shenyang, China, mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11 Mitteilungen der Verwaltung

11.1 Konzept zur Verbesserung des Umgangs mit Stiftern/Stifterinnen und Mäzenen 1205/2015

Freifrau von Oppenheim ist der Auffassung, dass man das vorgeschlagene Konzept viel früher hätte umsetzen müssen. Leider seien inzwischen einige Stifter regelrecht vergrault worden und deren Sammlungen seien woanders untergebracht oder veräußert worden. Sie nennt in diesem Zusammenhang die Stifter, die das Stadtmuseum umbauen wollten. Aus ihrer eigenen Erfahrung berichtet sie, dass es oft sehr lange dauere bis eine Schenkung offiziell angenommen werde und ein Dankeschön seitens der Stadt Köln bleibe oft aus. Dies sei nicht der richtige Umgang mit Stiftern und Mäzenen.

Herr Dr. Wackerhagen zeigt sich außerordentlich enttäuscht über den Inhalt der Mitteilung. Köln sei eine Stadt mit bürgerschaftlichem Engagement. Dies gelte es zu erhalten, zu fördern und weiter auszubauen. Er halte es für die Pflicht eines Oberbürgermeisters beispielsweise gemeinsam mit den Mäzenen dieser Stadt alle zwei oder drei Jahre mit dem Tafelsilber der Stadt Köln zu speisen, um diesen Personenkreis entsprechend zu würdigen. Er kritisiert, dass nichts in dieser Richtung geschehe. Bezugnehmend auf den letzten Satz der vorliegenden Mitteilung erklärt er, dass er sich als Stifter auf den Arm genommen fühle.

Herr Tautkus unterstreicht, dass die Würdigung und Wertschätzung der Stifter hervorzuheben sei. Aus seiner Sicht sei das Einwerben neuer Schenkungen wichtig, auch wenn das neue Kulturgutgesetz eine gewisse Gefahr darstelle. Hier seien seines Erachtens professionelle Fundraiser gefragt, um beispielsweise eine entsprechende Stiftung ins Leben zu rufen.

Herr Prof. Schäfer vertritt die Auffassung, dass eine professionelle Atmosphäre geschaffen werden müsse, indem man auf Stifter offensiv zugehe und beispielsweise un-

mittelbar mit einem Schreiben reagiere. Wichtig sei, dass eine entsprechende Haltung vorhanden sei. Das vorgelegte Konzept sei in seinen Augen eher eine Ergänzung.

Herr Sörries unterstreicht, dass es nicht nur um die Mäzene im Kulturbereich gehe, sondern um alle betroffenen Stifter. Er hebt hervor, dass die Museumsdirektoren diesbezüglich gute Arbeit leisten und seitens des Museums Ludwig extra eine Stiftung ins Leben gerufen worden sei, um das Verfahren zu erleichtern. Er fragt sich, warum die Erstellung des Konzeptes sieben Jahre gedauert habe. Nach seiner Wahrnehmung kehren immer mehr Stifter der Stadt Köln den Rücken und deshalb sei es wichtig, dass die Stadt das Vertrauen gegenüber Sammlern und Stiftern wieder aufbauen müsse. Die vorliegende Mitteilung sei seines Erachtens nicht ausreichend.

Herr Prof. Dr. Lemper bezeichnet die vorliegende Mitteilung als Papier des schlechten Gewissens, mit dem man Ende offensichtlich nicht bestehende Manieren ersetzen wolle. Er schlägt deshalb vor, die Vorlage zurückzuziehen und dass die Beigeordnete gemeinsam mit der künftigen Oberbürgermeisterin bzw. dem künftigen Oberbürgermeister überlegen müsse, wie der momentane Zustand in der Sache verändert werden könne.

RM Zimmermann erwähnt lobend, dass in der Mitteilung auch auf eine Ablehnung von Schenkungen oder mögliche Folgekosten aufmerksam gemacht werde. Einen respektvollen Umgang mit den Stiftern und Schenkern halte er für eine Grundvoraussetzung.

RM von Bülow stellt fest, dass anhand der geführten Diskussion deutlich werde, dass die Verwaltung den Auftrag erhalte, nicht nur den Istzustand darzustellen, sondern das Konzept neu durchzuplanen.

Frau van Duiven vertritt die Meinung, dass es teilweise an Herz und Sachverstand mangle. Es sei wichtig, die Dinge in die richtige Richtung zu lenken.

RM Welcker betont, dass es nicht um die Annahme oder Ablehnung von Schenkungen gehe, sondern um den Umgang mit Menschen, die ihrer Stadt etwas Gutes tun wollen. In den letzten Jahren seien viele interessante Dinge nicht in Köln verblieben, weil die Stadt Köln es nicht geschafft habe, auf diese Menschen so zuzugehen, dass diese das Vertrauen besitzen der Stadt ihre Wertgegenstände anzuvertrauen. Demnach könne die vorliegende Mitteilung der Verwaltung nicht das entsprechende Ergebnis darstellen. Hier werde nämlich aufgezeigt, dass die derzeitige Praxis in der Sache prima sei. Dies sei ihres Erachtens hauptsächlich zu bemängeln.

Herr Prof. Schäfer vertritt die Auffassung, dass die früheren Kulturausschüsse in dieser Sache hätten nachhaken müssen. Er unterstreicht, dass in der Mitteilung viele Punkte enthalten seien, die man aufgreifen könne. Der Ausschuss Kunst und Kultur müsse für diese Angelegenheit die Verwaltung intensiv in den Griff bekommen. Seines Erachtens sei der Blick nach vorne zu richten, sonst betreibe man lediglich Vergangenheitsbewältigung.

RM von Bülow betont, dass der Kulturausschuss sich seit Jahren immer wieder mit dem Thema befasst und entsprechende Fragen zu einem Konzept gestellt habe. Sie verweist in diesem Zusammenhang auf den Jahresbericht, bei dessen Beratung stets nach dem Sachstand gefragt worden sei.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach macht deutlich, dass sie viele der nun geäußerten Aussagen als beleidigend empfinde. Sie sei zwei Jahre im Amt, und in dieser Zeit habe sie zu Mäzenen, Stiftern und Sponsoren eine sehr gute Beziehung aufgebaut, welches für sie eine Selbstverständlichkeit gewesen sei. Sie weist die Vorwürfe, man habe kein Herz, keinen Verstand, keine Manieren und keinen Stil energisch zurück. Au-

ßerdem betont sie, dass in der vorliegenden Mitteilung durchaus neue Vorschläge enthalten seien, wie beispielsweise Veranstaltungen auf den großen Messen oder „Kulturdialoge“, zu der sie, einzelne Museumsdirektoren/innen oder Kuratoren/innen und besondere Persönlichkeiten aus Szene und Kunsthandel in den Dialog mit dem interessierten Publikum treten lassen möchte. Sie macht darauf aufmerksam, dass der Rat, nach Vorberatung des Ausschusses Kunst und Kultur, ständig Schenkungen an die Museen verabschiede, für die man sich natürlich bedanke. Sie möchte künftig gemeinsam mit dem Kulturausschuss, den Stiftern, Mäzenen, Schenkern, Sponsoren und den Museumsdirektoren einen guten Weg beschreiten, der in dieser Mitteilung vorgezeichnet sei. Dies sei das Ziel der Verwaltungsmitteilung gewesen. Natürlich könne man noch neue Ideen auflegen und in einer anderen Fassung vorlegen. Allerdings möchte sie nicht missverständlich in der Sache dargestellt werden. Schließlich sei der Umgang mit Stiftern und Mäzenen ein wichtiges Kapitel für die Kultur der Stadt Köln. Sie ist der Auffassung, dass dies der Verwaltung gut gelinge und betont, dass man diesbezüglich mit der Vergangenheit abschließen müsse.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.2 Beantwortung der Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Bezirksvertretung Innenstadt vom 24.04.2015 betreffend alternative Standorte für die Kreuzblume vor dem Dompotal (AN/0703/2015) 1290/2015

RM von Bülow möchte wissen, was nun tatsächlich mit der Kreuzblume passiere. Ihre Fraktion hätte in der Sache gerne eine Lösung.

Referent Lohaus erklärt, dass es seitens des Baudezernates Vorschläge für andere Standorte gegeben habe, die man der Bezirksvertretung Innenstadt zur Entscheidung vorlegen werde. Sollte es jedoch zu keiner Finanzierung kommen, könne dies in der Tat bedeuten, dass die Kreuzblume an ihrem jetzigen Standort bleibt.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

11.3 Verwendung der im Haushaltjahr 2015 zugesetzten Transferaufwendungen zur Kulturförderung der Freien Szene 2081/2015

RM von Bülow fragt, wann für die Verwendung der zugesetzten Mittel mit den entsprechenden Freigabevorlagen für den Ausschuss Kunst und Kultur zu rechnen sei. Ihres Erachtens müsse es eine Beschlussvorlage hierzu geben und nicht nur eine Mitteilung.

Kulturamtsleiterin Foerster erklärt, dass dies dem Ausschuss nicht noch einmal gesondert vorgelegt werde. Hierbei handele es sich um ein Geschäft der laufenden Verwaltung. Die zugesetzten Mittel aus der Kulturförderabgabe werden jedoch extra vom Finanzausschuss und vom Ausschuss Kunst und Kultur beschlossen. Hierzu gehöre beispielsweise die Club-Kultur. Die dazugehörige Beschlussvorlage lege man in der Septembersitzung vor.

RM von Bülow erläutert, dass nach ihrer Auffassung in der Haushaltssatzung enthalten sei, dass der Ausschuss über die Freigabe dieser Mittel entscheiden müsse. Sie bittet darum, dies rechtlich zu klären.

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt den Bericht zur Kenntnis.

**11.4 Skulpturenpark Köln
2037/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.5 Ankauf des Kunstwerkes "Untitled" von Kai Althoff für das Museum
Ludwig
2113/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.6 Energiemanagement und Einsparungen in den Museen
2369/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.7 Sachstand Sanierung Reiterdenkmal auf dem Heumarkt
2467/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

**11.8 Moratorium zum Abriss der Hallen Kalk
2500/2015**

Der Ausschuss Kunst und Kultur nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

12 Mündliche Anfragen

12.1 Ufermauer Porz

Bürgermeisterin Scho-Antwerpes weist auf eine Pressemitteilung bezüglich der Ufermauer Porz hin und fragt nach dem aktuellen Sachstand.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach weist darauf hin, dass die Amtsleitung des federführenden Amtes 69 (Amt für Brücken und Stadtbahnbau) zur heutigen Sitzung des Ausschuss Kunst und Kultur eingeladen worden sei, jedoch nicht teilnehmen könne, weil gleichzeitig der Verkehrsausschuss und die BV Porz tage, an denen der Amtsleiter und dessen Stellvertreter teilnehmen müssen. Sie sagt zu, das Anliegen, mit der Bitte um schriftliche Beantwortung, weiterzuleiten.

12.2 Rautenstrauch-Joest Museum

RM Henseler möchte wissen, wann die Räumlichkeiten im Rautenstrauch-Joest Museum künftig wieder genutzt werden können. Er bittet darum, den aktuellen Sachstand mitzuteilen.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

12.3 100 Jahre Dadaismus

RM Zimmermann erinnert an seine mündliche Anfrage zum Thema 100 Jahre Dadaismus im nächsten Jahr und fragt, ob die Kölner Museen oder andere Ausstellungsräume hierzu etwas planen und ob es Kooperationen mit dem Max-Ernst-Museum in Brühl gebe.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach teilt mit, dass sie die Anregung mit in die Direktorenkonferenz nehme und die Anfrage danach schriftlich beantwortet werde.

12.4 Akteneinsicht

RM Dr. Elster weist darauf hin, dass er unter anderem im Unterausschuss Kulturbauten und auch im Betriebsausschuss Bühnen mehrfach deutlich gemacht habe, dass seine Fraktion einen Antrag auf Akteneinsicht stellen werde. Diesen habe man vor etwa 20 Tagen beim Amt des Oberbürgermeisters eingereicht. Bisher habe es hierzu noch keine Reaktion der Verwaltung gegeben. Er fragt in diesem Zusammenhang, ob der Antrag inzwischen bei der Kulturverwaltung eingegangen sei.

Beigeordnete Laugwitz-Aulbach erläutert, dass ihr der Antrag bekannt sei und die Bau- und Kulturverwaltung sowie die Bühnen sich selbstverständlich um eine schnellstmögliche Lösung in der Angelegenheit bemühen.

12.5 Kostenlose Angebote der Museen für Köln-Pass Inhaber

Herr Tautkus hat nach einigen Recherchen festgestellt, dass die Kölner Museen in ihren Flyern, auf deren Website und im Preisaushang nicht auf kostenlose Angebote für Köln-Pass Inhaber hinweisen. Er regt deshalb an, eine Marketingaktion hierzu durchzuführen, um dies, beispielweise im Preisaushang der Museen deutlich erkennbar zu machen. Er bittet die Verwaltung darüber zu berichten.

Vorsitzende Dr. Bürgermeister schließt die öffentliche Sitzung.

Dr. Eva Bürgermeister
(Vorsitzende)

Uwe Freitag
(Schriftführer)